

Fragen Flucht und Asyl

1. Halten Sie die Festlegung einer zahlenmäßigen "Obergrenze" für Flüchtlinge grundsätzlich für richtig? Was soll passieren, wenn diese erreicht ist?

Wir lehnen eine solche Obergrenze ab, da sie grundsätzlich in Widerspruch zu den Menschenrechten steht.

2. Viele Asylwerber müssen derzeit zwei Jahre oder mehr auf die Entscheidung der Behörden warten. Sollte es Ihrer Meinung nach für Asylwerber mehr Möglichkeiten zum Arbeiten geben?

Ja! Menschen im Asylverfahren sollten jenseits von geringfügig oder gar nicht entschädigten Beschäftigungsprogrammen legalen Zugang zu Arbeitsmöglichkeiten haben.

3. Würden Sie sich dafür einsetzen, die Ausbildungsmöglichkeiten für Asylwerber zu verbessern?

Ja – denn bessere Ausbildungsmöglichkeiten sind eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten.

4. Finden Sie es richtig, dass subsidiär Schutzberechtigte drei Jahre warten müssen, bevor das Verfahren zur Familienzusammenführung beginnen kann?

Nein, das Recht auf Familie muss auch die zeitnahe Möglichkeit umfassen, die eigene Familie in Sicherheit zu bringen und zusammenzuführen.

5. Sind Schutz und Betreuung für minderjährige Flüchtlinge in Österreich Ihrer Meinung nach ausreichend gewährleistet?

Nein.

6. Wie beurteilen Sie die aktuelle Regelung für die Mindestsicherung in Vorarlberg? Finden Sie eine "Deckelung" für Familien grundsätzlich gerechtfertigt?

Wir lehnen die Angriffe auf die Mindestsicherung in Form einer verharmlosend bezeichneten „Deckelung“ ab. Die Mindestsicherung ist das Mindeste, das Menschen in Not bleibt, die sonst nichts mehr zum Leben haben. Die Kürzungen, die alle regierenden Parteien zu verantworten haben, von ÖVP und FPÖ über SPÖ bis hin zur Grünen Partei, sind ein großer Fehler und ein sozialpolitischer Rückschritt.

7. Würden Sie es unterstützen, dass die Entscheidung über das humanitäre Bleiberecht wieder in die Kompetenz der Bundesländer kommt?

Das würde von der genauen Ausgestaltung einer solchen Kompetenzverlagerung abhängen. Klar ist für uns: das humanitäre Bleiberecht muss aufgewertet und deutlich gestärkt werden. Die zahlreichen Fällen, in denen Behörden brutale und menschlich nicht nachvollziehbare Abschiebungen durchgeführt haben – oft gegen den Widerstand vieler Menschen vor Ort – zeigen, dass ein Ausbau des

Bleiberechts dringend geboten ist.

8. Wie würden Sie die Integration von bleibeberechtigten Flüchtlingen fördern?

Eine Auswahl der von befürworteten Maßnahmen sind: frühzeitiger Zugang zu Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten bereits während des Asylverfahrens, raschere Bearbeitung von Asylanträgen, Förderung von Arbeits- und Ausbildungsmaßnahmen nach Abschluss des Asylverfahrens, Ausbau der Unterstützung bei der Wohnungssuche, erleichterter und leistbarer Zugang zu Deutschkursen. Hinzu kommen breiter angelegte politische Maßnahmen, wie ein Mindestlohn von 1.750 Euro, eine Arbeitszeitverkürzung zwecks gerechter Verteilung von Arbeit und antirassistische Arbeit von öffentlicher und zivilgesellschaftlicher Seite, die für Geflüchtete aufgrund ihrer sozialen und wirtschaftlichen Situation besonders wichtig sind.

9. Finden Sie es richtig, Menschen bei der derzeitigen Sicherheitslage nach Afghanistan abzuschieben?

Nein. Wir lehnen die Abschiebung nach Afghanistan entschieden ab.

10. Sind Sie dafür, dass Österreich verstärkt Flüchtlinge über die Resettlement-Programme der UNO aufnimmt?

Ja, Österreich hat angesichts der enormen Konzentration von Reichtum in den Händen weniger, angesichts tausender leerstehender Wohnungen und dem Anspruch einer friedensstiftenden Neutralitätspolitik die Möglichkeiten und die Verpflichtung, mehr zu leisten, um Menschen auf der Flucht zu unterstützen.